

MENSCHENRECHTSBERICHT 2014 SCHWEIZ

ZUSAMMENFASSUNG

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist verfassungsmässig eine Republik mit einer Föderationsstruktur. Die Gesetzgebungsgewalt liegt bei einem Zweikammerparlament (Bundesversammlung), das aus dem Ständerat (46 Mitglieder) und dem Nationalrat (200 Mitglieder) besteht. 2011 fanden auf Kantons- und Bundesebene freie und faire Wahlen statt. Das Parlament wählt alle vier Jahre die exekutive Führung (den siebenköpfigen Bundesrat). Der Bundesrat bestand aus einer Koalition von fünf Parteien. Im Parlament sind zwölf politische Parteien vertreten. Die Sicherheitskräfte sind den Zivilbehörden unterstellt.

Zu den schwerwiegendsten Problemen gehörte die zuweilen übermäßige Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte, insbesondere in Verbindung mit der Festnahme und Abschiebung von Asylbewerbern und in Haftanstalten im Kanton Genf. Die Behörden unterwarfen Asylanten zuweilen längeren Haftzeiten und Misshandlungen. Weiterhin erfuhren Roma und Mitglieder anderer Minderheiten sowie Migranten gesellschaftliche Diskriminierung.

Zu den weiteren Menschenrechtsproblemen zählten überbelegte Haftanstalten, Gewalttaten gegen Frauen, Zwangsehen und die Beschneidung oder Verstümmelung der weiblichen Genitalien in einigen Einwanderergruppen, schlechtere Bezahlung und höhere Arbeitslosigkeit bei Frauen und Minderheiten, Anfeindung gegenüber Muslimen, antisemitische Vorfälle und Menschenhandel.

Die Regierung unternahm Schritte, um Verstöße durch Amtsträger, ob bei den Sicherheitskräften oder anderweitig in der Regierung, strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen.

Abschnitt 1. Achtung der Integrität der Person, einschließlich der Freiheit von:

a. Willkürlichem oder widerrechtlichem Lebensentzug

Es gab keine Berichte über willkürliche oder rechtswidrige Tötungen durch den Staat oder seine Vertreter.

b. Verschwinden

Es gab keine Berichte über Personen, die aus politisch motivierten Gründen verschwanden oder verschleppt bzw. entführt wurden.

c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Die Verfassung verbietet solche Praktiken. Es gab allerdings Berichte, dass einzelne Polizisten bei Festnahmen übermäßig Gewalt anwendeten und die Festgenommenen entwürdigend behandelten.

Am 24. Juni veröffentlichte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) ihren vierten Jahresbericht. Schwerpunkte des Berichts waren die Zustände in Hochsicherheitsgefängnissen und das unzureichende interne Therapieangebot für Personen mit psychischen Belastungen. Wie in den Vorjahren, bemängelte die Kommission die Überbelegung von Justizvollzugsanstalten, eine veraltete Infrastruktur, mangelnde soziale Programmgestaltung, die zur Isolation von Frauen beitrug, sowie die lange Dauer von Isolations- und Untersuchungshaft, ungenügende psychologische Behandlung und eine unzureichende Zahl von Gefängniswärtern. Weiterhin stellte die Kommission fest, dass Ausländer in Abschiebehaf und Einzelpersonen in Sicherungsverwahrung oft schärferen Bedingungen ausgesetzt waren als andere Untersuchungshäftlinge.

Im April verurteilte die Staatsanwaltschaft der Stadt Luzern einen Polizeibeamten, der 2013 angeklagt wurde, einen rumänischen Einbrecher in den Kopf getreten zu haben, zu einer Geldstrafe auf Bewährung in Höhe von 12.000 Schweizer Franken (USD 12.625), einer zusätzlichen Geldstrafe von 1.000 Schweizer Franken (USD 1.052), sowie 800 Schweizer Franken (USD 842) Gerichtskosten.

In seinem Bericht aus dem Jahr 2012 über seinen jüngsten Besuch in der Schweiz in 2011 stellte das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter (EKVF) im Kanton Genf eine Anzahl von Inhaftierten fest, darunter Jugendliche, die sich über körperliche Misshandlungen durch die Polizei vor und nach der Festnahme beschwerten. Weiterhin identifizierte das Komitee mehrere Fälle, in denen die Behörden Personen mit psychiatrischen Störungen in regulären Gefängnissen anstatt in geeigneten Sondereinrichtungen für die Behandlung solcher Häftlinge festhielten.

Im Januar verhängte das Bundesgericht eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen in Höhe von jeweils 50 Schweizer Franken (USD 51,65) gegen einen Vollzugsbeamten und weiteren 10.000 Schweizer Franken (USD 10.520) wegen fahrlässiger Tötung, Gefährdung und unterlassener Hilfeleistung im Zusammenhang mit dem Tod eines Häftlings, der im März 2010 in der Strafanstalt Bochuz seine Zelle in Brand gesteckt und eine Rauchvergiftung erlitten hatte.

Zustände in Justizvollzugs- und Untersuchungshaftanstalten

Ungeachtet einiger unzureichender Anstalten entsprechen die Justizvollzugsanstalten und Untersuchungshaftanstalten in der Regel den internationalen Normen.

Zustände: 2013 befanden sich 7.072 Personen in Strafvollzugs- oder Untersuchungshaft (die Behörden inhaftierten ungefähr 30% in Untersuchungshaft, 52% im Strafvollzug und den Rest aus anderen Gründen). Davon waren 370 Frauen, 30 Jugendliche und 5.258 Ausländer. 2013 befanden sich 2.104 Personen in Untersuchungshaft und 375 in Abschiebehaft.

Laut Statistik des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartments befanden sich 2013 13 Personen unter 18 Jahren in Sicherungsverwahrung; davon waren 12 Jungen. Amnesty International (AI) stellte einen Mangel an angemessenen Untersuchungshaftanstalten für Mädchen und psychisch Kranke fest.

Die Belegungsrate der Haftanstalten betrug 2013 100,3% und Überbelegung stellte ein andauerndes Problem dar, insbesondere im französischsprachigen Teil des Landes. Das Gefängnis Champ-Dollon in Genf hatte die höchste Belegungsrate in der Schweiz; die NKVF stellte dort eine Verschlechterung der Haftbedingungen fest. Die Haftanstalt ist für maximal 376 Insassen ausgelegt, beherbergte jedoch während einer NKVF-Kontrolle in 2013 849 Insassen, im Vergleich zu 671 Insassen in 2012. Unabhängigen Beobachtern zufolge kritisierten Justizvollzugsbeamte wie auch Insassen die schlimmen Haftbedingungen. Am 10. April protestierten Gefängniswärter in Champ-Dollon zwei Stunden lang wegen der starken Überbelegung und der unzureichenden personellen Ausstattung. Die Gefängniswärter brachten vor, die Haftanstalt benötige weitere 85 Beamte, um den Normen und Bestimmungen des Verbands Schweizer Polizeibeamter nachzukommen. Mehrere frühere Versuche, eine erhebliche Verbesserung der Bedingungen bei der Landesregierung zu erreichen, waren gescheitert.

In einem weiteren Vorfall, als die Belegungsrate in Champ-Dollon im April 2013 800 Insassen überstieg, streikten 170 Gefängniswärter, um gegen die schlimmen Haftbedingungen zu protestieren. Daraufhin wurden der Haftanstalt 85 zusätzliche Gefängniswärter zugeteilt. Nach einer Reihe von Beschwerden wegen Platzmangel in der Haftanstalt beantragten mehrere Strafgefangene bei einem Genfer Bezirksgericht Entschädigung. Der Richter wies die Entschädigungsklagen ab mit der Begründung, dass der zur Verfügung stehende Platz den im Europäischen Menschenrechtsabkommen dargelegten Normen entspreche. In Lausanne wurden Häftlinge gezwungen, wegen Platzmangel einen Teil ihrer Strafe in kleinen Zellen in Polizeistationen und anderen Behelfseinrichtungen abzuleisten.

Die Bedingungen für weibliche Häftlinge glichen in der Regel denen der männlichen Häftlinge, aber es gab auch Ausnahmen. Im April 2013 besuchte die NKVF das kantonale Gefängnis Schaffhausen und beanstandete, dass die weiblichen Insassen aufgrund von veralteter Infrastruktur und fehlender sozialer Möglichkeiten zu isoliert seien. Zu den weiteren Problemen gehörte laut der NKVF die beengte Unterbringung von Häftlingen in einigen der älteren Blocks und die Tatsache, dass Personen in Sicherungsverwahrung und Ausländer oft strenger behandelt wurden als andere Untersuchungshäftlinge.

Allen Strafgefangenen standen Trinkwasser und genügend Nahrungsmittel zur Verfügung, aber in einigen Einrichtungen fehlte es an Arbeits- und Freizeiteinrichtungen und Außenanlagen.

Im November hatte das Bundesamt für Statistik noch nicht die Zahlen für Todesfälle in Haft für die Jahre 2012 oder 2013 herausgegeben; aus verschiedenen Presseberichten ist jedoch bekannt, dass es im Berichtsjahr mehrere Selbstmorde gab. Am 29. März erhängte sich ein nigerianischer Staatsbürger in seiner Zelle im Gefängnis Champ-Dollon in Genf. Bis Oktober des Jahres gab es in Haftanstalten in Zürich fünf Selbstmorde. Ein Häftling beging Selbstmord in Untersuchungshaft, ein anderer im normalen Strafvollzug und drei weitere in Zellen in Polizeigefängnissen. Am 30. September leitete die Staatsanwaltschaft in Zürich eine Untersuchung gegen die Polizei ein wegen deren Verhaltens anlässlich eines Selbstmords durch Erhängen, der sich am gleichen Tag in einer Zelle zugetragen hatte. Im Oktober des Jahres war die Sache noch anhängig.

Die NKVF besuchte 2013 vierzehn Justizvollzugsanstalten in elf Kantonen und vier Asylbewerberaufnahmезentren in den Kantonen Freiburg, Aargau, Graubünden und Obwalden. Obwohl die Kommission die allgemeinen Zustände in den besuchten Einrichtungen als zufriedenstellend bezeichnete, berichtete sie bei

einigen Haftanstalten über einen Mangel an Ressourcen, Überbelegung und einen Mangel an qualifiziertem medizinischem Personal, insbesondere für psychische Behandlung und Therapie. Weiterhin stellte die Kommission fest, dass Asylbewerber während der Wartezeit auf Rückführung unter übermäßig beengten Bedingungen litten. Die Kommission kritisierte ausserdem den Mangel an angemessenen Einrichtungen für Familien mit Kleinkindern, wie zum Beispiel einen Wickelraum und einen Spielbereich in der Asylanteneinrichtung Bremgarten im Kanton Aargau. Die Kommission befand die allgemeinen Haftbedingungen im Gefängnis Champ Dollon in Genf als „nicht zufriedenstellend“. Weiterhin bemängelte die Kommission, dass die Insassen des Gefängnisses La Farera im Kanton Tessin 23 Stunden am Tag in ihren Zellen verbringen und kritisierte die langen Zeiträume, in denen die weiblichen Insassen im Gefängnis Schaffhausen isoliert sind.

Verwaltung: Die Dokumentationsverfahren für Strafgefangene waren angemessen. Die Haftanstalten erstellten einen „Haftplan“ für jeden Häftling und definierten die Ziel- und Interimszielsetzungen für die Dauer der Haftzeit. Die Behörden aktualisierten diese Haftpläne in regelmäßigen Abständen. Die Haftanstalten führten Krankenakten für alle Häftlinge. Für nichtgewalttätige Straftäter gab es anstatt Inhaftierung Alternativen wie Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit. Straf- und Untersuchungsgefangene konnten den Justizbehörden ohne vorherige Zensur Beschwerden vorlegen und eine Untersuchung von glaubhaften Anschuldigungen unmenschlicher Zustände beantragen. Die Behörden gingen diesen Anschuldigungen nach. Es gab keinen Bürgerbeauftragten und kein vergleichbares Organ auf nationaler Ebene, aber eine Reihe von Kantonen setzten auf Kantonsebene Bürgerbeauftragte und Vermittlungsorgane ein, die sich für die Straf- und Untersuchungsgefangenen einsetzten und Beschwerden über deren Haftbedingungen und -umstände nachgingen. Organe zur Bearbeitung von Beschwerden der Strafgefangenen standen eher in den größeren, dichter bevölkerten Kantonen zur Verfügung als in den kleinen, weniger bevölkerten Kantonen. Die Straf- und Untersuchungsgefangenen konnten angemessen Besucher empfangen und hatten Gelegenheit zur Ausübung ihrer jeweiligen Religion.

Das Gesetz sieht vor, dass die Behörden jugendliche Straftäter in Erziehungsanstalten oder separaten Flügeln der Haftanstalten unterbringen müssen, wo ihnen Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden können. Im Jahr 2013 waren 491 Jugendliche in gewöhnlichen Haftanstalten untergebracht; 21 weitere Jugendliche saßen in Jugendgefängnissen ein.

Im Berichtsjahr eröffnete der Kanton Waadt sein erstes Untersuchungsgefängnis für Jugendliche in Palezieux, mit einer Kapazität von 36 Plätzen für Mädchen und Jungen ab zehn Jahren. Die Züricher Kantonsregierung schloss 2013 den Bau eines neuen Jugendflügels im Gefängnis Uitikon ab. Die Kommission äußerte jedoch Bedenken wegen des allzu gefängnisartigen Charakters bzw. Struktur der Einrichtung.

Unabhängige Überwachung: Örtliche und internationale Menschenrechtsgruppen, die Medien und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes durften mit Erlaubnis der Regierung die Bedingungen in den Justizvollzugsanstalten und Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber überwachen. Die CPT besuchte das Land letztmalig in 2011. Örtliche Gruppen verfügen über ein großes Maß an Selbstständigkeit.

d. Willkürliche Festnahme oder Inhaftierung

Die Verfassung verbietet willkürliche Festnahme und Inhaftierung und der Staat achtete in der Regel diese Verbote.

Die Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparats

Die Bundespolizei ist für innere Sicherheit zuständig. Die Armee ist für die Sicherheit nach außen zuständig, nimmt aber auch verschiedene Aufgaben der inneren Sicherheit wahr. Die Polizei ist dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement unterstellt, während die Armee dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport unterstellt ist. Die Zivilbehörden hatten die wirksame Kontrolle über die Sicherheitskräfte, und der Staat hatte wirksame Verfahren zur Untersuchung und Bestrafung von Missbrauch und Korruption. Die Untersuchung von Übergriffen durch die Sicherheitskräfte fiel generell in die Zuständigkeit der kantonalen Staatsanwaltschaften und der Polizei; in manchen Kantonen jedoch übernahm der das Büro des Bürgerbeauftragten die Untersuchung solcher Vorfälle. Neben ihren Koordinierungsaufgaben und analytischen Zuständigkeiten kann die Bundespolizei unter Leitung des Justizministers in Fällen von organisiertem Verbrechen, Geldwäsche und Korruption ihre eigenen Ermittlungen durchführen.

Festnahmeverfahren und die Behandlung von Inhaftierten

Nach dem Gesetz benötigt die Polizei zur Festnahme von Straftatverdächtigen einen von einem ordnungsgemäß befugten Beamten ausgestellten Haftbefehl, es sei denn, dass es sich um einen konkreten Fall unmittelbarer Gefahr handelt. In den

meisten Fällen dürfen die Behörden Tatverdächtige nicht länger als 24 Stunden in Haft halten bevor sie einem Staatsanwalt oder Ermittlungsrichter vorgeführt werden, der entweder formell Anklage erhebt oder die Freilassung des Festgenommenen anordnet. Die Einwanderungsbehörden können Asylbewerber und andere Ausländer ohne gültige Papiere bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl festhalten. Es gibt ein funktionierendes Kautionsystem und die Gerichte ließen Tatverdächtige auf Kautionsfrei, oder auf die Zusage, zur Verhandlung zu erscheinen, es sei denn, dass der Ermittlungsrichter den Angeklagten für gefährlich hielt oder Fluchtgefahr bestand. Einem Tatverdächtigen kann zum Zeitpunkt der Festnahme oder Erstbefragung Rechtsbeistand verwehrt werden, aber Tatverdächtige haben das Recht, einen Anwalt auszuwählen und zu kontaktieren bevor Anklage erhoben wird. Mittellosen Angeklagten, denen Straftaten zur Last gelegt werden, die gegebenenfalls zu einer Haftstrafe führen könnten, stellt der Staat kostenlosen Rechtsbeistand zur Verfügung. Die Behörden können den Kontakt zu Familienmitgliedern einschränken um die Manipulation von Beweismaterial zu verhindern, aber die Polizei ist verpflichtet, die nächsten Familienangehörigen umgehend über die Festnahme zu informieren.

Nach dem Gesetz kann die Polizei jugendliche Straftäter für einen „kurzen Zeitraum“ festnehmen, dessen Länge nicht ausdrücklich festgelegt ist. Faktisch kann die Polizei jugendliche Straftäter ohne Anklage oder Haftbefehl bis zu 24 Stunden lang festhalten (48 Stunden lang an Wochenenden). Freiheitsstrafen für Jugendliche bis 15 Jahre sind auf höchstens ein Jahr beschränkt. Bei jugendlichen Straftätern ab 16 Jahren können Freiheitsstrafen von bis zu vier Jahren verhängt werden.

Willkürliche Festnahme: Es gab gelegentlich Meldungen über willkürliche Festnahmen. Im Juni legte ein Kurde Beschwerde gegen Polizeibeamte ein, die ihn 2013 verhaftet hatten, weil er in Zürich im Bereich eines Schiffes, in dem Essen verboten war, seinem dreijährigen Sohn eine Apfelspalte gegeben hatte. Nach einer verbalen Auseinandersetzung mit der Schiffsbesatzung rief diese die Polizei, die dem Mann Handschellen anlegte und ihn an Land an einen Zaun fesselte. Der Fall war im Oktober noch anhängig.

Untersuchungshaft: In einigen Fällen stellte überlange Untersuchungshaft ein Problem dar. 2013 befanden sich ca. 30% aller Inhaftierten in Untersuchungshaft. Das schweizerische Bundesgericht entschied, dass die Länge der Untersuchungshaft nicht die Länge des erwarteten Strafmaßes für die dem Tatverdächtigen zur Last gelegte Straftat überschreiten darf.

Inhaftierung von abgelehnten Asylbewerbern und staatenlosen Personen: Laut NKVF war die Behandlung von Asylbewerbern während der Wartezeit bis zur Rückführung zu restriktiv. Die NKVF stellte insbesondere fest, dass das Transitzentrum im Genfer Flughafen eher einem Gefängnis als einer Einrichtung für Asylbewerber glich. Die NKVF meldete, dass eine Haftanstalt keine angemessenen Einrichtungen für Familien und Kleinkinder hatte, wie zum Beispiel einen Wickelraum und einen Spielbereich.

e. Verweigerung einer fairen, öffentlichen Verhandlung

Die Verfassung sieht eine unabhängige Justiz vor und die Regierung achtete in der Regel die Unabhängigkeit der Justiz.

Prozessnormen

Die Verfassung sieht das Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung vor und die unabhängige Justiz setzte dieses Recht in der Regel durch.

Für Beklagte gilt die Unschuldsvermutung. Verhandlungen sind öffentlich. Nur schwere Straftaten, wie Mord, werden vor einem Geschworenengericht verhandelt. Beklagte haben das Recht, an der Verhandlung teilzunehmen und zeitnah einen Anwalt zu konsultieren. Angeklagten, denen eine schwere Straftat zur Last gelegt wird, kann ein Anwalt aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Beklagte können Zeugen zur Rede stellen oder befragen und ihre eigenen Zeugen und Beweismittel vorbringen. Sie haben das Recht, in Berufung zu gehen, bis hin zum höchsten Gericht des Landes, dem Bundesgericht. Die Behörden achteten in der Regel diese Rechte und gewährten sie allen Bürgern.

Zivilpersonen, die wegen Verrats militärischer Geheimnisse wie z.B. vertraulich eingestufte Dokumente oder geheimer Militärstützpunkte und -einrichtungen angeklagt sind, können vor Militärgerichte gestellt werden. Im Berichtsjahr gab es keine Meldungen über Zivilpersonen, die vor Militärgerichte gestellt wurden.

Politische Häftlinge und Inhaftierte

Es gab keine Berichte über politische Häftlinge oder Inhaftierte.

Zivilgerichtsverfahren und Rechtsmittel

In Zivilsachen gibt es eine unabhängige und unparteiische Justiz. Bürger haben Zugang zu einem Gericht, um Schadenersatz oder die Einstellung von

Menschenrechtsverletzungen einzuklagen. Personen, deren Berufungsrecht bei Schweizer Gerichten erschöpft ist, können sich wegen vorgeblicher Verletzungen der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wenden und um Abhilfe ersuchen.

Menschenrechtsentscheidungen an regionalen Gerichtshöfen

Am 4. November erging durch eine Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ein Urteil zugunsten einer afghanischen Familie, die von der Schweiz nach Italien abgeschoben werden sollte, mit der Begründung, dass die unzureichenden Asylbewerberaufnahmезentren dort das Wohl der Familie gefährden könnten. Am 26. November vereinbarten die Schweiz und Italien, weiterhin die Abschiebung von Migranten-Familien zu erlauben, solange Italien gewährleisten kann, dass Minderjährige angemessen versorgt und Familien während des Abschiebungs- und Asylverfahrens nicht getrennt werden.

Am 3. Juni genehmigte das EGMR den Antrag der Schweiz, den Rassendiskriminierungsfall des türkischen Nationalisten Dogu Perincek von der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte überprüfen zu lassen, nachdem das EGMR zuvor im Dezember 2013 die Schweiz wegen Verletzung des Rechts Perinceks auf Meinungsfreiheit verurteilt hatte. Der Fall kam 2005 auf, als das Land Perincek eine Geldstrafe auferlegte, nachdem er während einer öffentlichen Vortragsreise mehrmals den armenischen Völkermord als “internationale Lüge” bezeichnet hatte.

2013 verwarf das EGMR neun von dreizehn Entscheidungen der Schweizer Gerichte. Laut EGMR verstieß die Schweiz in vier Fällen gegen das Recht auf Schutz der Privatsphäre und Achtung des Familienlebens, und in drei weiteren Fällen gegen das Recht auf ein faires Verfahren. 2013 verurteilte das EGMR die Schweiz zum ersten Mal wegen Verstoßes gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

f. Willkürliche Eingriffe in Privatleben, Familie, Wohnung oder Schriftverkehr

Die Verfassung verbietet solche Eingriffe und es gab keine Meldungen, dass der Staat diese Verbote nicht geachtet hätte.

Abschnitt 2. Achtung der Bürgerrechte, einschließlich:

a. Meinungs- und Pressefreiheit

Die Verfassung sieht Meinungs- und Pressefreiheit vor, obwohl das Gesetz Meinungsfreiheit in Bezug auf Rassenhass und Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschränkt. Die Regierung achtete in der Regel diese Rechte. Eine unabhängige Presse, ein wirksames Justizsystem und ein funktionierendes demokratisches politisches System tragen zur Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit bei.

Meinungsfreiheit: Das Gesetz bestraft die öffentliche Aufstachelung zu Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien und die Verleugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Geldstrafen und Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren. Im Berichtsjahr gab es keine Verurteilungen oder Festnahmen nach diesem Gesetz.

Pressefreiheit: Die unabhängigen Medien waren aktiv und vertraten uneingeschränkt eine große Vielfalt von Meinungen. Die gesetzlichen Einschränkungen in Bezug auf Rassenhass und Verleugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden für die Printmedien Anwendung. Nach dem Bundesgesetz stellt die Veröffentlichung von Informationen aufgrund von durchgesickerten „geheimen offiziellen Besprechungen“ einen Straftatbestand dar.

Am 1. Juli erging durch das EGMR ein Schuldspruch gegen die Schweiz wegen Verstoßes gegen die Meinungs- und Pressefreiheit; es ging dabei um einen Journalisten, der 2008 vom Bundesgericht wegen einer Reportage, die Informationen aus geheimen offiziellen Besprechungen enthielt, verurteilt wurde.

Internet-Freiheit

Es gab keine staatlichen Einschränkungen oder Störungen beim Zugang zum Internet und keine glaubhaften Berichte, dass der Staat ohne entsprechende rechtliche Genehmigung Email oder Internet-Chatforen überwachte. Laut Bundesamt für Statistik waren im Berichtsjahr 87% der Bevölkerung über 14 Jahre im Internet aktiv.

Akademische Freiheit und kulturelle Veranstaltungen

Es gab keine staatlichen Restriktionen, welche sich auf die akademische Freiheit oder kulturelle Veranstaltungen ausgewirkt hätten.

b. Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit

Die Verfassung sieht Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit vor und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte.

c. Religionsfreiheit

Siehe Außenministerium der Vereinigten Staaten, *International Religious Freedom Report* unter www.state.gov/j/drl/irf/rpt/.

d. Niederlassungsfreiheit, Binnenvertriebene, Schutz von Flüchtlingen und staatenlose Personen

Die Verfassung sieht Niederlassungsfreiheit im Inland, Reisen ins Ausland, Emigration und Wiedereinbürgerung vor und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte. Die Regierung kooperierte mit dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderen Menschenrechtsorganisationen, um Flüchtlingen, Asylbewerbern, staatenlosen Personen und anderen schutzbedürftigen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren.

Schutz von Flüchtlingen

Zugang zu Asyl: Die Schweizer Gesetze sehen die Gewährung von Asyl- oder Flüchtlingsstatus vor und die Regierung hat Verfahren zum Schutz von Flüchtlingen eingeführt. Bis Oktober genehmigten die Einwanderungsbehörden ungefähr 4.000 Asylanträge, was einer Zulassungsquote von 24 Prozent entspricht. 2013 gingen bei den Einwanderungsbehörden 21.465 neue Anträge ein; sie bearbeiteten 23.966 Anträge aus 2013 und vorherigen Jahren und genehmigten 3.167 Asylanträge. Asylbewerber aus Eritrea und Syrien stellten die Mehrzahl der Antragsteller dar.

Am 11. September verlängerte die Bundesversammlung Asylrichtlinien, die im September des Jahres 2015 auslaufen sollten, um weitere vier Jahre. Diese Maßnahmen legten fest, dass Wehrdienstverweigerern und Deserteuren nicht automatisch der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird und die Schweizer Botschaften im Ausland keine Asylanträge annehmen dürfen.

Sicherer Herkunftsstaat/Durchreise: Das Bundesamt für Migration stützte sich auf eine Liste „sicherer Länder“, und potenzielle Flüchtlinge, die aus diesen Ländern kamen oder durch diese Länder reisten waren in der Regel nicht asylberechtigt. Allerdings kritisierten Nichtregierungsorganisationen diese Praktik in Bezug auf Abschiebungen nach Italien aufgrund der Überbelegung und schlechten Lebensbedingungen in Asylaufnahmezentren und -einrichtungen dort.

Zurückweisung: Obwohl die Regierung in der Regel Asylbewerber nicht zur Rückkehr in Länder zwang, in denen ihr Leben und ihre Freiheit bedroht waren, gab es Meldungen über Ausnahmen. So genehmigte das Bundesamt für Migration zum Beispiel im Juli 2013 die Rückführung eines 34-jährigen Tamilen nach Sri Lanka. Der Mann wurde in Colombo festgenommen und inhaftiert.

Im Mai veröffentlichten das Schweizer Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) und das UNHCR Berichte, in denen die Abschiebungsfälle nach Sri Lanka beurteilt und eine Reihe von Mängeln festgestellt wurden, wie zum Beispiel die große Anzahl von Beamten, die an der Bearbeitung dieser Fälle beteiligt war, die Neugestaltung der Organisationsstruktur beim Bundesamt für Migration und die komplizierte politische Lage in Sri Lanka, aufgrund derer das Bundesamt für Migration das Abschiebungsrisiko für die Asylbewerber falsch einschätzte. Das Bundesamt für Migration änderte daraufhin das Risikoprofil und erweiterte die Kriterien, nach denen die potenzielle Gefährdung zurückgewiesener Asylbewerber eingeschätzt wird. Gleichzeitig entschied das Bundesamt für Migration aufgrund einer Neubewertung der Lage in Sri Lanka, Asylanträge aus Sri Lanka von Fall zu Fall zu entscheiden und das im August 2013 erlassene Abschiebungsverbot für Sri Lanka aufzuheben.

Im Oktober entschied das Bundesverwaltungsgericht nach einer Neubewertung der Lage in Angola, das Abschiebungsverbot für das Land aufzuheben. Das Gericht bestimmte, dass die Behörden über Abschiebungen von Fall zu Fall entscheiden würden.

Missbrauch von Flüchtlingen: Die Regierung verpflichtete Asylbewerber, innerhalb von 48 Stunden nach Stellung des Asylantrags Dokumente zum Nachweis ihrer Identität vorzulegen, und die Behörden weigerten sich, die Asylanträge von Asylbewerbern zu bearbeiten, die dazu nicht in der Lage waren und keine glaubhafte Erklärung für fehlende Identitätsdokumente abgeben oder Beweise für Verfolgung vorlegen konnten. Die Behörden konnten unkooperative Asylbewerber vorbehaltlich einer gerichtlichen Überprüfung während der Entscheidung über den Antrag bis zu sechs Monate lang in Gewahrsam nehmen. Weiterhin konnte der Staat abgewiesene Antragsteller bis zu drei Monate in Haft nehmen, um sicher zu stellen, dass sie das Land verlassen, oder bis zu 18 Monate, wenn es bei der Rückführung besondere Schwierigkeiten gab. Der Staat konnte Minderjährige im Alter von 15 bis 18 Jahren bis zur Rückführung bis zu zwölf Monate inhaftieren. Die Behörden wiesen Asylsuchende in der Regel an, freiwillig das Land zu verlassen. Personen, die sich weigerten freiwillig auszureisen, konnten zwangsweise rückgeführt werden.

Um die steigende Zahl von Asylbewerbern unterzubringen, beherbergte das Bundesamt für Migration nach wie vor Hunderte von Asylbewerbern in abgelegenen ländlichen Gebieten oder in stillgelegten militärischen Einrichtungen, die als kurzfristige Unterkunft nachgerüstet worden waren. Einige dieser Unterkünfte waren unterirdisch. Unterirdische Bunker waren jedoch eine Notlösung, und die Behörden schlossen mehrere davon im Berichtsjahr.

Das Bundesgericht genehmigte außerdem trotz der Proteste von Ortsansässigen ein neues Asylaufnahmезentrum in Laax. Zudem brachten die Migrationsbehörden des Kantons Waadt Asylbewerber in Privathäusern unter, während andere Kantone Migranten in ehemaligen Hotels und Zivilschutzeinrichtungen unterbrachten.

Am 8. Juli veröffentlichte die NKVF ihren Jahresbericht über Abschiebungsflüge. Zwischen Mai 2013 und April wurden mit 52 zwangsweisen Rückführungsflügen 286 Personen, 20 Familien und 39 Kinder aus der Schweiz in ihre Herkunftsländer zurückgeführt. Bei jeder Rückführung befand sich ein NKVF-Beobachter an Bord. Die Beobachter beanstandeten, dass ihnen der Zugang zu Krankenakten verwehrt wurde, aber in diesem Berichtsjahr gab es im Gegensatz zu vorherigen Fällen keine Meldungen, dass die Behörden starke Narkosemittel gegen den Willen von Asylbewerbern verabreichten, um aufgewühlte Abgeschobene auf den Flügen zu beruhigen. Vereinzelt wurden vorsichtshalber Fußfesseln angelegt und Rollstühle verwendet, um widerspenstige Asylbewerber ruhigzustellen; die NKVF stellte jedoch fest, dass diese Maßnahmen nicht so häufig angewendet wurden, wie dies früher der Fall war. Nichtsdestoweniger kritisierte die NKVF die Praxis, Häftlinge während des Fluges und sogar in der Toilette anzuleinen.

Im Juli erlitt eine syrische Asylbewerberin während der Abschiebung nach Italien eine Totgeburt, da ihr Schweizer Beamte angeblich ärztliche Betreuung verweigerten. Die Frau war im siebten Monat schwanger und befand sich in einer Gruppe von Migranten, die von den Schweizer Behörden in einem Zug auf der Durchreise von Mailand nach Paris aufgegriffen wurde. Auf der Reise erlitt die Frau schwere Blutungen; die Schweizer Beamten reagierten angeblich nicht auf ihre wiederholten Hilferufe, sondern sperrten sie vier Stunden lang in eine Zelle in der Stadt Brig. Nach ihrer Ankunft in Italien brachte sie ein totes Kind zur Welt. Im Oktober bestätigte eine Obduktion, dass das Kind zwölf Stunden vor der Totgeburt gestorben war; Presseberichten zufolge belegte dies das angebliche Fehlverhalten bzw. die unterlassene Hilfeleistung durch Schweizer Grenzbeamte. Der Fall wurde einem Militärgericht übertragen und war dort im Oktober noch anhängig.

Im März protestierte ein tunesischer Asylbewerber gegen Haftbedingungen in der Asyleinrichtung Oftringen im Kanton Aargau, indem er sich mit einem Messer verwundete und drohte, aus dem Fenster zu springen. Mitarbeiter der Asyleinrichtung brachten den Mann in ein Krankenhaus, das ihn später in eine psychiatrische Klinik einwies.

Amnesty International und andere mit Flüchtlingen arbeitende Nichtregierungsorganisationen beanstandeten wiederum, dass Amtsträger Asylsuchenden in Rückführungsfällen oft wirksamen Rechtsbeistand verweigerten, da diese keine finanziellen Mittel hatten, um einen Rechtsanwalt zu bezahlen. Die Behörden stellten nur im ersten Stadium des Asylantrags und in schweren Straftatfällen kostenlosen Rechtsbeistand zur Verfügung; die Abschiebung von Asylsuchenden wurde nicht als ein Justiz- sondern ein Verwaltungsverfahren erachtet.

Arbeit: Es ist Asylbewerbern gesetzlich verboten in den ersten drei bis sechs Monaten nach ihrer Ankunft im Land zu arbeiten. Danach dürfen Asylbewerber Arbeitsmöglichkeiten in unterbesetzten Sektoren nachgehen, wie zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe, Baugewerbe, Pflegebereich oder in der Landwirtschaft.

Zugang zu Grundleistungen: Die Kantone übernahmen die Hauptverantwortung für Unterkunft, allgemeine Unterstützung und Versorgung von Asylbewerbern während der Aufnahmephase. Mehrere Nichtregierungsorganisationen und linksorientierte politische Parteien beanstandeten die mangelhaften und unzureichenden Unterkünfte für Flüchtlinge. Der Mangel an Unterkünften für Asylbewerber stellte ebenfalls ein Problem dar (siehe 2.d.). Asylbewerber hatten ein Recht auf medizinische Grundversorgung, und ihre Kinder waren berechtigt, bis zur neunten Klasse die Schule zu besuchen. Nichtregierungsorganisationen und Freiwillige erteilten in der Regel Sprachunterricht für Asylbewerber.

Vorübergehender Schutz: Das Gesetz gewährt bestimmten Personengruppen, die von Bürgerkrieg und allgemeiner Gewalt betroffen sind, vorübergehenden Schutz. Seit Inkrafttreten des Gesetzes in 1998 hat der Staat keiner Gruppe vorübergehenden Schutz gewährt, aber 3.432 Personen, von denen die Regierung 790 als Flüchtlinge einstufte, wurden vorübergehend aufgenommen.

Abschnitt 3. Achtung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger, einen Regierungswechsel herbeizuführen

Die Verfassung gibt den Bürgern das Recht, in friedlicher Weise einen Regierungswechsel herbeizuführen; die Bürger haben dieses Recht durch regelmäßige, freie und faire Wahlen auf der Grundlage des universalen Wahlrechts wahrgenommen.

Wahlen und politische Mitbestimmung

Die letzten Wahlen: 2011 wurde in freien und fairen Wahlen die Bundesversammlung gewählt.

Politische Mitbestimmung durch Frauen und Minderheiten: Der Nationalrat (große Kammer) hat 200 Mitglieder, darunter 62 Frauen. Der Ständerat (kleine Kammer) hat 46 Mitglieder, darunter 9 Frauen.

Abschnitt 4. Korruption und mangelnde Transparenz in der Regierung

Das Recht sieht strafrechtliche Sanktionen für Korruption von Beamten vor, und die Regierung setzte diese Gesetze in der Regel wirksam um. Es gab im Berichtsjahr vereinzelte Meldungen über Korruption in der Regierung.

Korruption: Am 12. November entschied der Staat, gesetzliche Verordnungen zur Regelung der Finanzierung politischer Parteien nicht zu verabschieden. Die Entscheidung kam als Reaktion auf die Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) von 2011 für bessere Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kritisierten zwar die mangelnde Kontrolle der Parteienfinanzierung bei den Parlamentswahlen, zitierten aber keine bestimmten Fälle.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern verschiedener Bundesministerien erarbeitete unter der Leitung des Eidgenössischen Departments für Auswärtige Angelegenheiten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Die Eidgenössische Finanzkontrolle unterhielt gesondert ein Bürgerbeauftragtenbüro um Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, Regierungskorruption in einer sicheren und vertraulichen Weise zu melden. Bis November gingen bei dem Bürgerbeauftragtenbüro ungefähr 75 Anzeigen von vermeintlichen Korruptionsfällen im öffentlichen Dienst ein.

Im März wurde ein Angestellter des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) fristlos entlassen, weil er über Jahre hinweg gegen Geld und Geschenke im Wert von mehreren Tausend Schweizer Franken Verträge zu überhöhten Preisen und

günstigen Bedingungen an bestimmte Informationstechnologieunternehmen vergeben hatte. Der Fall erregte in den Medien großes Aufsehen. Der Angestellte vergab angeblich 2013 einen Vertrag im Wert von sechs Millionen Schweizer Franken (USD 6,3 Millionen) an ein Unternehmen. Im Februar verhaftete die Polizei einen leitenden SECO Angestellten in Verbindung mit dem Fall, der jedoch kurz danach ohne Anklage freigelassen wurde. Die Bundesanwaltschaft ordnete im gleichen Fall für einen leitenden Angestellten Untersuchungshaft an und ermittelte gegen zwei weitere Personen; diese Ermittlungen waren im November noch nicht abgeschlossen.

Im Juli verhaftete die Polizei eine Mitarbeiterin des Gefängnisses Affoltern in Zürich, die im Tausch gegen Drogen, die sie von den Insassen zum eigenen Konsum erhielt, Drogen und Spritzen in die Haftanstalt geschmuggelt hatte. Im September wurde der Leiter des Gefängnisses Affoltern im Zusammenhang mit diesem Fall beurlaubt. Die Behörden entließen einen weiteren Angestellten, dem Unterschlagung von mehr als 47.000 Schweizer Franken (USD 48.770) zur Last gelegt wurde. Beide Angestellte gestanden die Straftaten. Bis November hatte das Gericht noch nicht über die beiden Fälle entschieden.

Im November 2013 verhafteten die Behörden fünf Beamte des Sittendezernats der Züricher Polizei wegen des Vorwurfs der Bestechung durch den Inhaber eines Nachtclubs. Der Fall erregte große Aufmerksamkeit in der Schweizer Presse. Die Behörden ließen zwei der Polizeibeamten kurz darauf wieder frei, während drei in Untersuchungshaft verblieben. Ihnen wurde vorgeworfen, die Nachtclubbesitzer im Gegenzug für sexuelle Gefälligkeiten und weitere Bestechungen über geplante Razzien informiert zu haben. Die Ermittlungen führten später zu geringfügigeren Beschuldigungen gegen sechs weitere Polizeibeamte, die von Restaurantbesitzern mit bekannten Verbindungen zu Prostitutionsringen als Bestechung Konzertkarten angenommen hatten. Im Dezember 2013 gab die Züricher Stadtpolizei bekannt, dass zwei der Polizeibeamten entlassen und zwei weitere zu einer anderen Dienststelle versetzt wurden. Die Ermittlungen gegen weitere Polizeibeamte waren im Dezember noch nicht abgeschlossen.

Offenlegung finanzieller Informationen: Mitglieder der Bundesversammlung müssen jährlich ihre finanziellen Interessen, professionellen Aktivitäten, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten oder Führungsgremien und Gutachter- oder Beratertätigkeiten offenlegen. Die Bundesbehörden waren verantwortlich für die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von Bestechungsfällen im öffentlichen Dienst. Eine Mehrzahl der Kantone verlangte auch von Mitgliedern der Kantonsräte die Offenlegung ihrer finanziellen Interessen.

Öffentlicher Zugang zu Informationen: Laut Verfassung muss die Regierung die Öffentlichkeit über ihre Arbeit informieren, und Regierungsinformationen standen allen in der Schweiz lebenden Personen einschließlich der Auslandspresse zur Verfügung. Ein Transparenzgesetz gewährt der Öffentlichkeit Zugang zu Aktenmaterial der Regierung. Die Behörden setzten das Gesetz durch und öffentliche Informationen waren ohne weiteres zugänglich.

Illegaler Handel mit Rohstoffen: Im November 2013 leitete die Bundesanwaltschaft nach Prüfung einer von der Schweizer Nichtregierungsorganisation Track Impunity Always (TRIAL) gestellten Strafanzeige ein Untersuchungsverfahren gegen den Goldbarrenhersteller Argor-Heraeus SA ein. TRIAL behauptete, dass Argor-Heraeus in den Jahren 2004-05 fast drei Tonnen Gold aus der Demokratischen Republik Kongo verarbeitet habe, welches von der illegalen bewaffneten Gruppe „Front des Nationalistes et Intégrationistes“ geplündert und verkauft wurde, um ihre Operationen zu finanzieren. Der Fall war im Oktober noch anhängig.

Abschnitt 5. Die Haltung der Regierung gegenüber Untersuchungen vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen, die auf internationaler und NGO-Ebene geführt werden

Eine Reihe inländischer und internationaler Menschenrechtsgruppen agierten in der Regel ohne Einmischung der Regierung und untersuchten und veröffentlichten ihre Erkenntnisse über Menschenrechtsfälle. Die Regierung verhielt sich in der Regel kooperativ und aufgeschlossen.

Staatliche Menschenrechtsorgane: 2011 gründeten das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein Schweizer Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR), das aus einem Netzwerk von Universitäten und Menschenrechtsexperten besteht und Menschenrechtskapazitäten stärken und unterstützen und im Bezug auf Menschenrechtsfragen Brücken zwischen den Bundes- und Kantonsbehörden schlagen soll. Das SKMR organisierte im Berichtsjahr Vorträge über Menschenrechtsthemen wie Gleichberechtigung der Geschlechter, LGBT-Rechte, Verhütung der Genitalverstümmelung von Frauen, und die Rechte von Kindern und Jugendlichen, und betrieb Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf bewährte Praktiken zum Schutz der Menschenrechte [„Best Practices“].

Es gab vierzehn Bürgerbeauftragtenbüros in den Kantonen Basel-Land, Basel-Stadt, Zug, Zürich und in den Städten Bern, St. Gallen, Rapperswil-Jona,

Winterthur und Zürich, die ebenfalls Fälle von polizeilichem Fehlverhalten bewerteten.

Abschnitt 6. Diskriminierung, gesellschaftliches Fehlverhalten und Menschenhandel

Die Verfassung verbietet Diskriminierung auf Grund von Rasse, Geschlecht, Behinderung, Sprache oder sozialer Stellung, und die Regierung setzte diese Verbote in der Regel durch.

Frauen

Vergewaltigung und häusliche Gewalt: Vergewaltigung einschließlich Vergewaltigung durch Ehegatten ist ein Straftatbestand. Der Staat hat diejenigen, denen solche Straftaten vorgeworfen wurden, wirksam strafrechtlich verfolgt. 2013 wurden der Polizei 571 Vergewaltigungen gemeldet, im Vergleich zu 569 in 2012.

Nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen wie Terre des Femmes, Vivre Sans Violence und dem Dachverband für Frauenhäuser stellt Gewalt gegen Frauen nach wie vor ein ernstes Problem dar. 2013 kamen 24 Personen infolge häuslicher Gewalt ums Leben. Bei der Polizei wurden 2013 16.496 Fälle im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder Gewalt in der Ehe aktenkundig, und in 4.798 Fällen schwerer häuslicher Gewalt wurden Ermittlungen durchgeführt. Häusliche Gewalt und Stalking sind strafbar. Das Gericht kann als Übergangsmaßnahme einen gewalttätigen Ehepartner aus der ehelichen Wohnung weisen.

Den Opfern häuslicher Gewalt stand Hilfe, Beratung und Rechtsbeistand von speziellen Behörden und Nichtregierungsorganisationen sowie von fast einem Dutzend privater oder staatlich geförderter Hotlines zur Verfügung. 2013 gab es 19 offizielle Frauenhäuser, in denen mehr als 2.000 Frauen und Kinder untergebracht waren. Die Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern überstieg regelmäßig das Angebot und bis zu 50 Prozent der Opfer wurden deshalb abgewiesen und mussten, je nach psychologischer und körperlicher Verfassung, entweder in Hotels oder Spezialeinrichtungen untergebracht werden. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann des Eidgenössischen Departments des Inneren setzte einen Fachbereich mit Schwerpunkt Häusliche Gewalt ein. Die meisten Kantonspolizeien verfügten über Einheiten, die auf dem Gebiet häuslicher Gewalt speziell geschult sind. Die Mehrzahl der Kantone hatten darüber hinaus Verwaltungseinheiten, um die Aktivitäten der Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Opferhilfegruppen untereinander zu koordinieren.

Am 25. November startete die Organisation Christlicher Friedensdienst mit Unterstützung der Regierung eine Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ im Rahmen der internationalen Bewegung „16 Tage Aktivismus gegen geschlechtsspezifische Gewalt.“ Im Zuge dieser Kampagne, in deren Mittelpunkt die Probembereiche Eifersucht und Kontrollverhalten in Beziehungen standen, wurden landesweit ungefähr 60 Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Am 20. November hielt das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann eine nationale Konferenz über die gesundheitlichen Folgen der häuslichen Gewalt ab. Behörden, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Fachpersonal für die Prävention von häuslicher Gewalt nahmen an der Konferenz teil.

Genitalverstümmelung bei Frauen (FGM/C): Genitalverstümmelung ist rechtswidrig und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren strafbar. 2012 rief die Bundesregierung zusammen mit mehreren Nichtregierungsorganisationen die nationale Arbeitsgruppe zur Überwindung weiblicher Genitalbeschneidung in der Schweiz (AG FGM) ins Leben, um einen Grundstock an bewährten Verfahren für den Schutz und die Betreuung der von FGM betroffenen Frauen und Mädchen zu entwickeln. Es wurden im Berichtsjahr keine Klagen vor Gericht gebracht.

Im Februar veröffentlichte die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit eine Bestandesaufnahme über FGM-Vorkommnisse in der Schweiz. Aus dem Bericht geht hervor, dass 2013 ungefähr 13.000 Migrantinnen, sowohl Frauen als auch Mädchen, von Genitalverstümmelung betroffen waren. Mehrere Bundesämter setzten gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen und akademischen Einrichtungen Aufklärungs- und Präventivmaßnahmen um, die an schutzbedürftige Gemeinschaften und einschlägige Behörden sowie Mediationsstellen gerichtet waren. Die Kantone Genf, Neuenburg, Waadt und Freiburg setzten auf Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen, während andere Kantone ebenfalls Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit ergriffen.

Sonstige schädliche traditionelle Praktiken: Im Juli 2013 trat ein neues Gesetz in Kraft, das Zwangsehen verbietet. Nach dem Gesetz werden Verstöße mit bis zu fünf Jahren Haftstrafe geahndet. Ausländischen Visumsantragstellern wird bei Verdacht auf Verwicklung in eine Zwangsehe die Einreisegenehmigung in die Schweiz verwehrt. Bereits im Land lebende Opfer von Zwangsehen dürfen im Land bleiben und ihren Familienstand von „verheiratet“ in „ledig“ umwandeln

ohne eine Scheidung nachweisen zu müssen. Nach Schätzung einer Studie der Universität Neuenburg aus dem Jahr 2012 waren zwischen 2010 und 2012 1.400 Frauen Opfer von Zwangsehen oder ungewollten Beziehungen. Die Koordinationsstelle gegen Zwangsheirat setzte ein landesweites Programm zur Bekämpfung von Zwangsehen und ungewollten Beziehungen um, das von 2013 bis 2017 laufen soll. Eine mit Opfern von Zwangsehen arbeitende Nichtregierungsorganisation bearbeitete im Berichtsjahr neun Fälle.

Sexuelle Belästigung: Das Gesetz verbietet sexuelle Belästigung und ermöglicht Personen, die sich am Arbeitsplatz diskriminiert oder belästigt fühlen, Zugang zu Rechtsmitteln. Anspruchstellern wurde allerdings nur vorübergehend besonderer Rechtsschutz gegen Entlassung gewährt. Arbeitgeber, die es versäumten, angemessene Maßnahmen zur Verhinderung sexueller Belästigung zu ergreifen, hafteten für Schadenersatz in Höhe von bis zu sechs Monatsgehältern. 2013 wurden 1.075 Klagen wegen sexueller Belästigung gemeldet.

Reproduktive Rechte: Paare und Alleinstehende haben das Recht, frei und verantwortungsbewusst zu entscheiden, wie viele Kinder sie in welchen Abständen und zu welcher Zeit haben wollen. Sie haben das Recht auf angemessene Informationen und Mittel, um diese Entscheidungen treffen zu können, und das Recht, ohne Diskriminierung, Nötigung und Gewalt den höchsten Standard reproduktiver Gesundheit zu erlangen. Gesundheitskliniken und örtliche Gesundheits-Nichtregierungsorganisationen konnten ungehindert arbeiten und Informationen über Familienplanung verbreiten. Es gab keine Beschränkungen im Zugang zu Verhütungsmitteln. Die Pflichtkrankenversicherung deckte die Kosten im Zusammenhang mit routinemäßiger Schwangerschaftsvorsorge und Geburten.

Diskriminierung: Frauen genießen nach der Verfassung die gleichen Rechte wie Männer, auch im Familien- und Vermögensrecht und im Justizsystem. Unabhängige Beobachter behaupteten, dass die Gerichte einige Gesetze zuweilen in einer diskriminierenden Weise auslegten. Das Schweizer Ehe- und Familienrecht gewährte Frauen bei einer Scheidung oft nicht eine ausgewogene Teilung von Rentenansprüchen, was sich zum Nachteil derjenigen Ehefrauen auswirkte, die in der Ehe die Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernahmen.

In einem Bericht vom 17. Oktober bewerteten das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen Fortschritte in Ausbildungsniveau und Erwerbsfähigkeit von Frauen in den letzten 15 Jahren. Trotz mancher Fortschritte kam der Bericht zu dem Schluss, dass ausgebildete Frauen im Vergleich zu ausgebildeten Männern ein

doppelt so hohes Armutsrisiko hatten, hauptsächlich weil Frauen immer noch die Hauptverantwortung für die Familie trugen, und weil sie für die Zeit, die sie für die Betreuung von Kindern oder Angehörigen aufwendeten, nicht entlohnt wurden. Aus dem Bericht geht hervor, dass 19 Prozent der Frauen (im Vergleich zu 7 Prozent der Männer) 2010 zu den Geringverdienern zählten. Die geringe Bezahlung und die Tatsache, dass sie den Großteil der Haus- und Familienarbeit leisten, bedeutet für Frauen ein höheres Armutsrisiko und negative Konsequenzen am Arbeitsmarkt und im Sozialversicherungssystem. Viele Kantone und manche größere Städte unterhalten Gleichstellungsbüros, die mit geschlechterspezifischen Fragen befasst sind.

Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz ist widerrechtlich, aber ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Frauen gingen Beschäftigungen mit geringerer Verantwortung nach. Frauen wurden nicht so oft befördert wie Männer und die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen Unternehmen besaßen oder leiteten war geringer (siehe Abs. 7.d.).

Nach der Verfassung steht Frauen und Männern für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung zu. 2012 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen für Frauen im Privatsektor 5.317 Schweizer Franken (USD 5.594), während Männer 6.553 Schweizer Franken (USD 6.894) verdienen. Im Berichtsjahr machte der Unterschied bei den Niedriglöhnen zwischen Männern und Frauen ca. 15,2% aus, während in Führungspositionen der Unterschied auf 26,5% stieg. Die Gehälter von Frauen waren ca. 18,9% niedriger als die Gehälter ihrer männlichen Kollegen. Die Gehälter von Frauen mit Universitätsabschluss waren bis zu 25% niedriger als die ihrer männlichen Kollegen.

Das Gleichbehandlungsgesetz verpflichtet zwar Unternehmen, gleiches Gehalt für gleiche Arbeit zu zahlen, aber dieses Gesetz wurde von den meisten Arbeitgebern erfolgreich ignoriert.

Kinder

Geburtenregistrierung: Kinder erhalten ihre Staatsangehörigkeit von den Eltern; Alleinerziehende können die Staatsbürgerschaft übertragen. Geburten werden unverzüglich offiziell registriert, aber die verspätete Registrierung bei Hausgeburten hat keine negativen Konsequenzen.

Kindesmissbrauch: Kindesmissbrauch stellte ein ernstes Problem dar. Aus einer Studie der Schweizerischen Gesellschaft für Pädiatrie geht hervor, dass 2013 1.292 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch in Kliniken gemeldet wurden; in drei der

Fälle starben die Kinder an den Folgen des Missbrauchs. Die meisten Opfer waren jünger als sechs Jahre, und die Kliniken meldeten ungefähr 25% dieser Fälle an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Die Behörden leiteten in ungefähr 6% dieser Fälle Strafverfahren ein.

Eine von der Universität Zürich im August 2013 herausgegebene Studie deutete an, dass die tatsächliche Zahl von Missbrauchsfällen weitaus höher war als in den Polizeiakten vermerkt. Laut dieser Studie gab es 2012 mehr als 4.000 Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs. Bei den meisten Opfern handelte es sich um Mädchen unter 18 Jahren; die meisten Missbrauchsfälle kamen in der Familie oder im engeren sozialen Umfeld vor. 2013 registrierte das Kinderkrankenhaus Zürich 450 Fälle von Kindesmissbrauch, von denen es sich bei 34% um Fälle von sexuellem und bei 29% von körperlichem Missbrauch handelte. Bei ungefähr 20% der Fälle handelte es sich um seelische Misshandlung, und bei 13% um Kindesvernachlässigung. Bei 12% der gemeldeten Fälle aus dem Kinderkrankenhaus Zürich handelte es sich um Wiederholungstäter.

Zwangsehen und Frühehen: Das gesetzliche Mindestalter für Eheschließungen beträgt 18 Jahre. Wer jemanden zwingt, eine Zwangsehe einzugehen, kann mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Genitalverstümmelung (FGM/C): Genitalverstümmelung ist rechtswidrig und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren strafbar. (Siehe Abs. 6: Frauen, FGM/C)

Sexuelle Ausbeutung von Kindern: Die Produktion, der Besitz, die Verbreitung oder das Herunterladen von Kinderpornografie aus dem Internet ist verboten und wird mit einer Geldstrafe oder einer Höchststrafe von bis zu einem Jahr Haft bestraft. Bis auf wenige Ausnahmen legt das Gesetz das Mindestalter für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr auf 16 Jahre fest. Einvernehmlicher Geschlechtsverkehr im Alter von unter 16 Jahren ist erlaubt wenn einer der Partner nicht mehr als drei Jahre älter ist als der andere Partner. Die Höchststrafe für Unzucht mit Minderjährigen beträgt zehn Jahre Haft. 2013 meldeten die Behörden 1.300 Straftaten im Zusammenhang mit sexuellen Handlungen an Kindern, von denen 300 zu Verurteilungen führten. Die Nationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität legte in ihren Untersuchungen den Schwerpunkt auf Verhütung und Strafverfolgung von sexueller Ausbeutung von Kindern im Internet.

Am 1. Januar trat ein neues Gesetz über das Verbot der Prostitution von Kindern unter 18 Jahren in Kraft. Nach dem Gesetz werden Zuhälter von minderjährigen

Prostituierten mit Haftstrafen von bis zu zehn Jahren bestraft; käuflicher Geschlechtsverkehr mit minderjährigen Prostituierten wird mit einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren bestraft.

Internationale Kindesentführungen: Die Schweiz hat das Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung unterzeichnet. Für landesspezifische Informationen siehe <http://travel.state.gov/content/childabduction/english/country/switzerland.html>

Antisemitismus

Laut dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) lebten im November ungefähr 18.000 Personen jüdischen Glaubens im Lande. Die größten jüdischen Gemeinden befanden sich in Zürich, Genf, Lausanne, Basel und Bern.

SIG verzeichnete einen deutlichen Anstieg an antisemitischen Äußerungen und Handlungen, vor allem im Juli und August und hauptsächlich in Form von verbalen Angriffen. Nach dem vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund in Zusammenarbeit mit der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) erstellten Antisemitismusbericht 2013 gab es 2013 im deutschsprachigen Teil der Schweiz 22 antisemitische Vorfälle. SIG führte die Zunahme antisemitischer Vorfälle im Berichtsjahr auf den Konflikt in Gaza zurück.

Im Juli wurden in den Tagen vor einer Kundgebung für Palästina in Zürich auf verschiedenen schweizerischen Facebook-Seiten hitzige antisemitische Äußerungen verbreitet. Unter den Social Media Postings gab es Kommentare wie „Wir müssen die Juden ausrotten“ oder „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude.“ Laut SIG bekamen solche antisemitische Kommentare mehr als 1.000 „Gefällt mir“ in Facebook. Die Staatsanwaltschaft in Zürich leitete gegen mindestens einen der Täter ein Strafverfahren ein und ermittelte gegen weitere Tatverdächtige. SIG erhob Anklage gegen 15 Personen. Im November waren diese Fälle noch anhängig.

Am 11. August griff ein älterer Mann einen orthodoxen Juden, der Ferien in Davos verbrachte, tätlich an, wobei er „Raus mit den Juden“ schrie. Das Opfer erlitt leichte Verletzungen. Die Behörden verhörten den Täter, der seine Handlungen und Äußerungen später gestand. Das Opfer erstattete Anzeige, und die Polizei bearbeitete den Vorfall als möglichen Fall rassistischer Diskriminierung. Der Fall war im Dezember noch anhängig.

Im Oktober entschuldigte sich der schweizerische Einzelhändler Migros wegen eines „unverzeihlichen Fehlers,“ nachdem Kaffeesahnetütchen mit Bildern von Adolf Hitler und Benito Mussolini aufgetaucht waren. Das Unternehmen nahm rasch ungefähr 2.000 Tütchen aus ca. 100 Cafés im deutschsprachigen Teil des Landes zurück und trennte sich von seiner Lieferfirma Karo-Versand. Ein leitender Angestellter von Karo stellte Berichten zufolge in einer Erklärung an die örtliche Presse fest, dass die Bilder „unproblematisch“ seien.

In ihrer Zusammenfassung der antisemitischen Vorfälle im deutschsprachigen Teil des Landes für das Jahr 2013 meldeten die GRA und das SIG 22 antisemitische Vorfälle, während in den französisch- und italienischsprachigen Teilen des Landes das in Genf ansässige Büro der Inter-Gemeinschaftskoordination gegen Antisemitismus und Diffamierung 151 antisemitische Vorfälle meldete, von denen 11 als schwerwiegend erachtet wurden. SIG und GRA stellten fest, dass 2013 schwere Vorfälle wie gewalttätige Angriffe gegen Juden und die Verleugnung des Holocaust selten waren, und die Behörden registrierten keine gewalttätigen Anschläge auf jüdische Institutionen oder Synagogen.

Im November 2012 hielt eine deutsche Rechtsanwältin, die in Deutschland eine dreijährige Haftstrafe wegen Holocaust-Leugnung verbüßt hatte, bei einer Kundgebung in der Stadt Chur vor einem Publikum von ca. 2.000 Personen eine Rede. Es wurde berichtet, dass sie dabei die Gesetze gegen die Holocaust-Leugnung als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und ein Hindernis für Anwälte bezeichnete, die in solchen Fällen mit der Verteidigung von Mandanten beauftragt wurden. Sie feuerte angeblich die Zuhörer an, von den Nazis zu lernen und sagte, dass der Holocaust nicht rechtlich definiert sei. Ein Anwalt aus Bern stellte Strafanzeige gegen die Rednerin und den Moderator der Veranstaltung und führte an, dass beide gegen die Schweizer Antirassismusesetze verstoßen hätten. Der Fall war im November noch anhängig.

Menschenhandel

Siehe den State Department Bericht über Menschenhandel (*Trafficking in Persons Report*) unter www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/.

Menschen mit Behinderungen

Die Verfassung und das Bundesrecht verbieten die Diskriminierung von Menschen mit körperlichen, sensorischen, intellektuellen und geistigen Behinderungen in Bezug auf Beschäftigung, Ausbildung, Zugang zu Luftreisen und sonstigen Transportmöglichkeiten und Zugang zu Gesundheitsversorgung oder weiteren

staatlichen Leistungen, und die Regierung setzte dieses Verbot in der Regel durch. Zugang zu öffentlichen Gebäuden und staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind gesetzlich vorgeschrieben und die Regierung setzte in der Regel diese Vorgaben durch.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen förderte die Wahrnehmung des Gesetzes und die Achtung der Rechte von Behinderten durch Beratung und finanzielle Unterstützung von Projekten zur Förderung der Integration von Behinderten in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt.

Laut Procap, einer der größten Behindertenorganisationen des Landes, bestanden gravierende Probleme bei der Integration von Personen mit psychischen Erkrankungen auf dem Arbeitsmarkt, da die meisten Arbeitsgeber psychische Störungen nicht als Behinderung einstufen (siehe Abs. 7.d.)

Im Juni 2013 trat im Kanton Zürich ein modifiziertes Planungs- und Baugesetz in Kraft. Das neue Gesetz schreibt vor, dass Wohnhäuser mit mehr als fünf Wohnungen barrierefrei sein müssen. Im Berichtsjahr gewährleisteten die Behörden, dass der Bau neuer Wohnhäuser mit mehr als fünf Wohnungen den gesetzlichen Vorgaben entsprach, und Bauträger passten ältere Wohnhäuser den nötigen Standards an.

Im August 2013 ließ das Züricher Sozialversicherungsgericht zwei Beschwerden zu, die von Procap erhoben wurden im Zusammenhang mit der Absicht des Kantons, die öffentliche Finanzierung von Ausbildungsplätzen für Behinderte auf ein Jahr zu begrenzen, sowie zusätzliche finanzielle Förderung auf solche Personen zu beschränken, die effektiv in den Arbeitsmarkt eintreten könnten ohne ihre ganze Berufsunfähigkeitsversicherung in Anspruch zu nehmen.

Behinderte Kinder besuchen die Schule und waren in den meisten Kantonen gut in das Schulsystem integriert. Für Kinder mit schweren Behinderungen standen Sonderschulen zur Verfügung.

Nationale, rassische und ethnische Minderheiten

Rechtsextremisten, einschließlich Skinheads, die sich feindselig gegenüber Ausländern, ethnischen und religiösen Minderheiten und Migranten verhielten, waren auch weiterhin in der Öffentlichkeit aktiv. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) schätzte, dass ungefähr 900 bis 1.000 Personen gewaltbereiten rechts-extremistischen Gruppen angehörten. Aus GRA Statistiken geht hervor,

dass von Januar bis September 47 Fälle von rassistischen Beleidigungen gegen Ausländer und Minderheiten gemeldet wurden; es gab außerdem drei tätliche Angriffe. 2013 meldete der NDB 35 Vorfälle rechtsextremistischer Gewalt, während die GRA 70 Fälle verbaler und schriftlicher Übergriffe und einen tätlichen Angriff nachwies. Obwohl die Mehrzahl der Rechtsextremisten im deutschsprachigen Teil des Landes ansässig waren, hauptsächlich in den Kantonen Bern, Zürich, St. Gallen, Luzern und Aargau, verzeichnete der NDB eine Steigerung rechtsextremistischer Aktivität im französischsprachigen Teil des Landes.

Am 6. Februar hob das Bundesgericht das Urteil gegen einen Polizeibeamten auf, der vom Kantonsgericht Basel wegen rassistisch begründeter Diskriminierung verurteilt worden war, weil er 2007 bei der Verhaftung eines algerischen Staatsbürgers diesen als „dreckigen Asylanten“ bezeichnet hatte. Der Fall erregte bedeutendes Aufsehen in der Presse. Das Bundesgericht entschied, dass der Polizeibeamte den Asylbewerber beleidigt hatte, ohne seine Rasse oder Volkszugehörigkeit anzugreifen, dass aber der Gebrauch dieses Ausdrucks einen fremdenfeindlichen Angriff auf die Integrität des Asylbewerbers darstelle und bestrafte den Polizeibeamten mit einer Geldstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Im Juli sprach das Kantonsgericht in Uri einen Mann frei vom Vorwurf der Rassendiskriminierung und entschädigte ihn mit 3.800 Schweizer Franken (USD 3.998), nachdem das Bundesgericht zuvor entschieden hatte, dass er, als er 2010 während einer rechtsextremistischen Versammlung den Hitlergruß zeigte, dies als Ausdruck seiner Meinung und nicht zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie tat. Der Fall erregte beträchtliches Aufsehen in der Presse.

Im September veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) ihren fünften Jahresbericht zum Thema Rassismus und Diskriminierung in der Schweiz. Der Bericht beklagte, dass ethnische Minderheiten wie Muslime, Schwarze, Flüchtlinge, die Jenischen und andere Roma-Gruppen beträchtliche Diskriminierung am Arbeitsmarkt erfuhren. Laut EKRI beträgt die Arbeitslosenquote für Migranten 6,6%, im Vergleich zu 2,3% für Schweizer Staatsbürger. Der Bericht betonte, dass junge Migranten/innen aus Ländern außerhalb der EU erheblicher Diskriminierung ausgesetzt waren, auch wenn sie erfolgreich die Schule innerhalb des Landes abgeschlossen hatten (siehe Abs. 7.d.). EKRI beobachtete außerdem, dass fremdenfeindlicher und rassistischer politischer Diskurs nach wie vor gegen dieselben Minderheiten gerichtet war, und dass dies ihr negatives Image und ihre schlechten Lebensbedingungen

verschlimmerte. Rassistische Vorurteile kamen insbesondere bei Schwarzen in Polizeikontrollen, öffentlichen Festnahmen und Leibesvisitationen bei Drogenfahndungen zum Ausdruck.

Die Bundeskommission gegen Rassismus setzte sich auch mit dem andauernden Problem der Erstellung von Profilen nach rassistischen Kriterien und der anhaltenden Trivialisierung von gegen Schwarze gerichteten Rassismus in ihrer Zeitschrift TANGRAM auseinander. AI stellte jedoch fest, dass mehrere Diskussionsrunden in Zürich und Bern im Laufe des Jahres erfolgreich dazu beitrugen, das gegenseitige Verständnis zwischen den Behörden und den von Rassismus betroffenen Gemeinden zu fördern und Spannungen abzubauen.

Am 8. Oktober kündigte die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) an, im Kanton Glarus eine neue Niederlassung zur Bekämpfung von unkontrollierter Einwanderung und Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung einrichten zu wollen.

Während die Regierung die Jenischen als eine Minderheitengruppe mit ca. 35.000 ansässigen Mitgliedern anerkannte, blieb laut EKRI das Fehlen geeigneter Campingplätze und Durchreisegebiete auch weiterhin ein Problem. Am 22. April versuchte eine Ansammlung von 120 Jenischen am Stadtrand von Bern die Regierung dazu zu zwingen, der Gemeinde mehr Durchreisegebiete/Rastplätze zur Verfügung zu stellen. Die Kantonspolizei löste die Demonstration auf, nachdem Verhandlungen mit den Behörden erfolglos waren.

Die schweizerische Roma-Stiftung schätzte, dass in der Schweiz ca. 80.000 Roma leben. Am 18. November veröffentlichte die Stiftung die Ergebnisse einer fünfjährigen Studie über die Behandlung der Roma durch acht der deutschsprachigen Zeitungen in der Schweiz. Die Studie kam zu dem Schluss, dass alle 297 untersuchten Zeitungsartikel von starken Vorurteilen gegen Roma geprägt waren und festgefahrene negative Klischeevorstellungen über Roma wiedergaben, in welchen die Roma als arm, ungebildet, kriminell und schlecht in die schweizerische Gesellschaft integriert dargestellt wurden. Gemäß der Studie stellten die deutschsprachigen Zeitungen des Landes die ansässigen Roma als Straftäter dar, während Roma in anderen Ländern hauptsächlich als Opfer dargestellt wurden.

Im Berichtsjahr äußerten die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und die Nichtregierungswebseite humanrights.ch Bedenken über zunehmende feindselige Einstellungen gegenüber Roma und umherziehenden Minderheiten. Im

Bericht 2013 erwähnte die Kommission gegen Rassismus die andauernde Notlage der Roma. Im Dezember 2013 gab die Universität Zürich eine von der EKR in Auftrag gegebene Studie heraus, in der die Qualität der Medienberichterstattung über Roma untersucht wurde. Die Studie kam zu dem Schluss, dass die Medienberichterstattung oft von negativen Klischees und Verallgemeinerungen geprägt war.

Gewalttaten, Diskriminierung und gesellschaftliches Fehlverhalten aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität

Die Schweizer Anti-Diskriminierungsgesetze gelten nicht für sexuelle Orientierung bzw. beziehen sich nicht speziell auf Lesben-, Schwulen-, Bisexuelle- und Transsexuelle (LSBT) Fragen, was der Schweizer LSBT-Gemeinde Sorge bereitet.

Es gab gelegentliche Meldungen über gesellschaftlichen Gewalt oder Diskriminierung wegen Ablehnung der LSBT-Orientierung. Laut der Organisation Pink Cop (schwule und lesbische Polizeibeamte) ist es schwer, das Ausmaß körperlicher Gewalt abzuschätzen in Anbetracht des Mangels an offiziellen Statistiken über gegen LSBT gerichtete Gewalt oder Diskriminierung. Pink Cop vermerkte, dass die Behörden Hassdelikte wegen LSBT-Orientierung nicht explizit strafverfolgen. Obwohl die LSBT Dachorganisation Pink Cross 2013 keine tätlichen Angriffe meldete, wies sie 10 bis 15 Fälle von Mobbing nach, vor allem in Zusammenhang mit Diskriminierung am Arbeitsplatz (siehe Abs. 7.d.).

Im Berichtsjahr kritisierten Nichtregierungsorganisationen die restriktive Asylpolitik der Regierung, die LSBT-Flüchtlinge zwingt, stichhaltige Beweise für Unterdrückung in ihrem Herkunftsland vorzulegen, bevor sie Asylstatus erhalten.

Im März 2013 dehnte das Züricher Gleichstellungsbüro sein Mandat auf LSBT Probleme aus. Im Berichtsjahr organisierte das Büro mehrere öffentliche Diskussionsforen über die erschwerten Lebensbedingungen transsexueller Personen, die gesetzlichen und sozialen Rechte der Regenbogenfamilien, und die Entstehung von Homophobie. Das Büro initiierte eine Plakatkampagne in sieben Sprachen, um Familienmitglieder zu ermutigen, die sexuelle und geschlechtsspezifische Identität ihrer Kinder zu akzeptieren.

Aus einer Studie in 2012 über schwulen- und transsexuellenfeindliche Gewalt, an der mehr als 260 LSBT-Personen im Alter von 16 bis 60 Jahren teilnahmen, ging hervor, dass 73% der Befragten Beleidigungen erfahren hatten, 81% waren bedroht worden und 7% waren wegen ihrer sexuellen Orientierung angespuckt worden. Obwohl nur 1,5% der Befragten durch tätliche Angriffe schwer verletzt wurde,

erlitten 5% leichte Verletzungen und 12% widerfuhren geringfügige tätliche Angriffe, die nicht zu Verletzungen führten. Aus der Studie geht hervor, dass die Angriffe überwiegend nachts stattfanden und von jungen Männern begangen wurden. Auf die Frage, ob sie sich vor Angriffen fürchteten, antworteten ca. 35% der schwulen und lesbischen Befragten und 70% der transsexuellen Befragten „ja, in hohem Maß“ oder „ja, in sehr hohem Maß“. Die Studie – die erste dieser Art in der Schweiz – stellte fest, dass der Grund für diesen Unterschied darin lag, dass die Schwulen- und Lesbenbewegung älter war und mehr Akzeptanz fand als die Transsexuellen-Bewegung.

Transgender Network veröffentlichte 2012 eine Studie aus der hervorging, dass 20% der transsexuellen Personen arbeitslos waren, was einer sechs Mal höheren Arbeitslosenrate als in der Allgemeinbevölkerung entspricht. Mit Unterstützung durch das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann führte Transgender Network ein Projekt zur Dokumentierung transsexueller Personen am Arbeitsmarkt weiter.

Im Berichtsjahr waren LSBT-Aktivist*innen dabei, ein Zentralbüro zu eröffnen, das Daten sammeln und Statistiken über verbale und körperliche Angriffe auf LSBT-Personen veröffentlichen soll.

Soziale Stigmatisierung aufgrund von HIV/AIDS

Es gab gelegentlich Meldungen über Diskriminierung von Menschen mit HIV/AIDS. 2013 registrierte die AIDS-Hilfe Schweiz 70 Diskriminierungsfälle gegen Menschen mit HIV. Bei 16 Beschwerden ging es um Diskriminierung am Arbeitsmarkt oder am Arbeitsplatz (siehe 7.d.). Es gab zum Beispiel vereinzelte Berichte über ungerechtfertigte Entlassungen oder verwehrt*en Zugang zu Praktika oder Ausbildungsplätzen. Die AIDS-Hilfe Schweiz führte mehrere Kampagnen durch, um Schikane und unfaire Behandlung zu bekämpfen und die Öffentlichkeit entsprechend zu sensibilisieren.

Abschnitt 7. Arbeitnehmerrechte

a. Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen

Das Gesetz gibt Arbeitnehmern einschließlich Ausländern das Recht, ohne vorherige Genehmigung oder übermäßige Auflagen unabhängige Gewerkschaften ihrer Wahl zu gründen und diesen beizutreten. Das Gesetz schützt ebenso das Recht auf Gewerkschaftsaktivitäten, einschließlich des Rechts, ohne Einmischung rechtmäßige Streiks zu veranstalten, wenngleich Streiks im Zusammenhang mit

Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen stehen müssen. Der Staat kann das Streikrecht von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst aus nationalen Sicherheitsgründen oder zur Wahrung der außenpolitischen Interessen einschränken. Es gibt keine bestimmten Gesetze, die Diskriminierung von Gewerkschaften und Einmischung von Arbeitgebern in Gewerkschaftsangelegenheiten verbieten. Das Gesetz verpflichtet Arbeitgeber nicht, Arbeitnehmer, die aus ungerechtfertigten Gründen entlassen wurden, wieder einzustellen.

Obwohl die Behörden diese Rechte allgemein achteten, gibt es in der Verfassung kein Gesetz, das Strafen für Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit oder Kollektivverhandlung vorschreibt. Laut Gewerkschaftsvertretern war die Dauer von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren von Fall zu Fall verschieden. Tarifvereinbarungen verpflichteten die Sozialpartner, den Arbeitsfrieden zu erhalten und begrenzten daher das Streikrecht auf die Laufzeit einer Vereinbarung, in der Regel auf mehrere Jahre.

Arbeitgeber entließen zuweilen Gewerkschafter aus nicht gerechtfertigten Gründen und bedienten sich des Rechtssystems, um legitime Gewerkschaftsaktivitäten einzuschränken. In einigen Kantonen und vielen Gemeinden war es Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst nicht gestattet zu streiken. Gewerkschaften meldeten wieder diskriminierendes Verhalten gegen ihre Mitglieder.

b. Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit

Das Gesetz verbietet sämtliche Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit und die Regierung setzte diese Verbote wirksam durch. Auf Verstöße gegen das Verbot von Zwangsarbeit standen ausreichend strenge Haftstrafen von bis zu 20 Jahren. Die Regierung veranstaltete mehrere Weiterbildungen für einschlägige Behörden zur Sensibilisierung und Bekämpfung des Menschenhandels für Zwangsarbeit. Im Juni 2013 verlängerte die Regierung die Verordnung über die Privaten Hausangestellten (PHV) bis Ende 2016. Diese Verordnung regelt die Arbeitsbedingungen für private Hausangestellte und gibt die Mindestlöhne vor. Mit der Verordnung beabsichtigte die Regierung, Zwangsarbeit und die Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmer zu drosseln.

Es gab Berichte, dass Zwangsarbeit vorkam. Es gab Menschenhandel von Frauen für private Hausarbeit und viele Opfer mussten in Salons oder Clubs arbeiten. Laut der Internationalen Organisation für Migration gab es Fälle von Ausbeutung der Arbeiterschaft, die besonders in der Bau- und Tourismusbranche weit verbreitet

waren. Es gab außerdem Berichte über Zwangsarbeit in im landwirtschaftlichen und gastronomischen Bereich.

Siehe Außenministerium der Vereinigten Staaten *Trafficking in Persons Report* unter www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/.

Field Code Changed

c. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Arbeitnehmer

Das Mindestalter für Vollzeitbeschäftigte beträgt 15 Jahre. Dreizehn- bis 14-jährige dürfen leichte Arbeiten für nicht mehr als neun Wochenstunden während des Schuljahrs und 15 Wochenstunden zu anderen Zeiten ausführen. Die Beschäftigung von Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren ist ebenfalls limitiert. Kantonskontrolleure haben diese Bedingungen konsequent durchgesetzt. Das Mindestalter für Arbeit unter Gefahrenbedingungen beträgt 16 Jahre. Kinder dürfen nicht an Sonntagen, unter gefährlichen Bedingungen oder nachts arbeiten.

Der Staat hat diese Gesetze und Verordnungen wirksam durchgesetzt um Kinder vor Ausbeutung am Arbeitsplatz zu schützen. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement überwachte die Umsetzung der Kinderarbeitsgesetze und –verordnungen und die Arbeitsplatzkontrolleure des Kantons waren für die Durchsetzung zuständig. Arbeitsplatzkontrolleure des Kantons kontrollierten wirksam Firmen um festzustellen, ob es Verstöße gegen die Kinderarbeitsgesetze gab.

Verstöße gegen die Schweizer Kinderarbeitsgesetze wurden mit bis zu sechs Monaten Haftstrafe geahndet.

Es gab vereinzelte Meldungen über Menschenhandel mit Kindern zum Zweck der Zwangsbettelei und Diebstahl.

d. Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Arbeitsgesetze verbieten Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Geschlecht oder Behinderung. Der Staat hat diese Vorschriften nicht wirksam durchgesetzt. Es gab kein Arbeitsgesetz, das ausdrücklich Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von Rasse, sexueller Orientierung, Sprache, HIV-positivem Status, Geschlechtsidentität, Alter oder nationaler und sozialer Herkunft verbietet.

Zwischen Männern und Frauen gab es erhebliche Unterschiede im Hinblick auf Bezahlung und Beförderungen, und Frauen waren in der höchsten Führungsebene stark unterrepräsentiert, insbesondere in der Privatwirtschaft. Weiterhin wurden Behinderte und insbesondere Menschen mit psychischen Erkrankungen diskriminiert (siehe Abs. 6). Am Arbeitsplatz und im Beruf kam es zu Diskriminierung nationaler, rassistischer und ethnischer Minderheiten, sowie Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (siehe Abs. 6) und Alter.

Im Oktober veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Bericht über die Beschäftigung von Senioren in der Schweiz. In dem Bericht wird festgestellt, dass die Langzeit-Arbeitslosenquote für Personen über 55 Jahre in 2012 bei 58,6% lag, was den Durchschnitt in der OECD um 11,4% übersteigt. Die OECD deutete an, dass die Tatsache, dass Alter im Anti-Diskriminierungsgesetz des Landes nicht erwähnt wird, möglicherweise die hohe Langzeit-Arbeitslosenquote bei Senioren erklärt.

Junge Migranten aus Ländern außerhalb der EU erfuhren erhebliche Diskriminierung, auch wenn sie in der Schweiz die Schule abgeschlossen hatten (siehe Abs. 6). Gastarbeiter in Niedriglohnjobs waren öfter als andere Arbeitnehmer ausbeuterischen Beschäftigungspraktiken und schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Dies war insbesondere im Bausektor, Gaststättengewerbe, Tourismussektor und in der Landwirtschaft der Fall.

e. Akzeptable Arbeitsbedingungen

Es gab keinen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Im Mai wiesen Wähler eine nationale Initiative zur Einführung eines Mindeststundenlohns von 22 Schweizer Franken (USD 23) zurück. Die Arbeitsverträge von ca. 40% der (Schweizer) Lohnempfänger enthielten Mindestlohnbedingungen und führten zu relativ niedrigen Durchschnittslöhnen für alle Arbeitnehmer in der Bekleidungs-, Hotel- und Einzelhandelsbranche. Der größte Teil der freiwilligen, für die jeweiligen Sektoren abgeschlossenen Tarifvereinbarungen enthielt Mindestlohnbestimmungen. In 2012, dem letzten Jahr, für welches diese Daten vorlagen, schrieben solche Vereinbarungen ein Monatsentgelt von 2.200 bis 4.200 Schweizer Franken (USD 2.314 bis USD 4.418) für ungelernete Arbeitskräfte und 2.800 bis 5.300 Schweizer Franken (USD 2.946 bis USD 5.576) für Facharbeiter vor. Laut Schätzung der Behörden lag die Armutsgrenze bei einem Monatslohn von ca. 2.200 Schweizer Franken (USD 2.314) für Alleinstehende, 3.750 Schweizer Franken (USD 3.945) für Alleinerziehende mit zwei Kindern, und 4.050

Schweizer Franken (USD 4.261) für eine Familie mit zwei Kindern. Diese Zahlen schwankten leicht von Kanton zu Kanton, je nach Lebenshaltungskosten, blieben aber allgemein im Berichtsjahr konstant.

Das Gesetz sieht eine maximale Wochenarbeitszeit von 45 Stunden vor für Arbeiter und Angestellte in der Industrie, dem Dienstleistungssektor und dem Einzelhandelssektor, und eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden für alle anderen Arbeitskräfte. Von diesen Regelungen sind bestimmte Berufsstände wie Taxifahrer oder Ärzte ausgenommen. Das Gesetz schreibt eine Pause von mindestens 35 durchgehenden Stunden Freizeit sowie einen zusätzlichen halben freien Tag in der Woche vor. Der Überstundenzuschlag muss mindestens 25% betragen; Überstunden sind in der Regel auf zwei Stunden am Tag begrenzt. Das Gesetz begrenzt die jährlichen Überstunden auf 170 Stunden für Arbeitnehmer, die 45 Wochenstunden arbeiten, und 140 Stunden für Arbeitnehmer, die 50 Wochenstunden arbeiten.

Der Arbeitgeber muss Arbeitnehmern mindestens vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr und Arbeitnehmern bis zum 20. Lebensjahr mindestens fünf Wochen bezahlten Urlaub im Jahr gewähren, es sei denn, der Arbeitnehmer arbeitet für Dritte zum Nachteil der legitimen Interessen des Arbeitgebers. Jedem Arbeitnehmer stand ein freier Tag in der Woche zu. In Ausnahmefällen konnte der Arbeitgeber bei Vorliegen besonderer Arbeitsumstände und mit Einverständnis des Arbeitnehmers dem Arbeitnehmer anstatt einem ganzen freien Tag zwei halbe freie Tage gewähren.

Das Gesetz enthält ausführliche Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer. Arbeitnehmer dürfen sich aus Situationen entfernen, die eine Gefahr für Gesundheit oder Sicherheit darstellen, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die Arbeitsinspektorate der Kantone setzten die Gesetze für die Regelung der Arbeitszeit und Sicherheit am Arbeitsplatz wirksam um. Das Ministerium hatte auch die Aufsicht über die Tarifverhandlungen. Im Land waren ca. 100 Arbeitsinspektoren tätig. Jeder der 26 Kantone hatte ein Arbeitsinspektoratsbüro mit ca. sechs bis acht Mitarbeitern. Beobachter hielten die Strafen für Verstöße gegen die Arbeitsgesetze als nicht ausreichend, um als Abschreckung zu dienen. Verstöße gegen die Arbeitsgesetze wurden mit einer Geldstrafe von höchstens 3.000 Schweizer Franken (USD 3.107) pro Tag für höchstens 180 Tage und/oder einer pauschalen Geldstrafe von höchstens 10.000 Schweizer Franken (USD 10.350) geahndet. Das

Gericht setzte den Tagessatz unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Situation des Täters zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung fest.

Im August erhob die Gewerkschaft Unia gegen die Kantonsbehörden in Graubünden Klage, nachdem die Kantonsbehörden eine Entscheidung des Bundesgerichts, dass Graubünden die Bundesarbeitsgesetze und das Verbot von Sonntagsarbeit zu achten habe, vorsätzlich ignorierten. Der Fall war im November noch anhängig.

Gastarbeiter in Niedriglohnjobs waren anfälliger für ausbeutende Arbeitspraktiken als andere Arbeitnehmer. Dies war insbesondere im Baugewerbe, dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Tourismusbranche und in der Landwirtschaft der Fall (siehe Abs. 7.d.). Im Berichtsjahr beanstandeten mehrere örtliche Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen, darunter auch die Internationale Organisation für Migration, dass die Behörden nicht der im Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe und bei Hausangestellten vorherrschenden Ausbeutung von Arbeitskräften nachgingen.

Einwanderer dürfen einer Beschäftigung nachgehen und haben die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmer. Es gab keine Sonderbestimmungen oder -bedingungen für nicht eingebürgerte Arbeitnehmer außer, dass sie einen Aufenthaltstitel und eine gültige Arbeitserlaubnis benötigen. Personen ohne Aufenthaltstitel oder Arbeitserlaubnis durften nicht arbeiten. Personen mit Aufenthaltstitel konnten eine Arbeitserlaubnis beantragen. Asylbewerber durften in der Regel während der ersten drei Monate nach Stellung des Asylantrags nicht arbeiten, aber in Ausnahmefällen bei Bedarf freiberuflich tätig sein.

2013 wurden 204.292 Arbeitsunfälle für Männer und 64.630 Arbeitsunfälle für Frauen gemeldet. Am 7. Oktober beklagte der Schweizer Gewerkschaftsbund die Entscheidung des Nationalrats, die Laufzeit des Schadenersatzes für Asbest-Opfer auf 20 statt der vom Bundesrat vorgeschlagenen 30 Jahre zu begrenzen. Der Gewerkschaftsbund rief die Regierung dazu auf, eine Diskussion am Runden Tisch zu organisieren, um angemessene Anspruchsfristen und Entschädigungen für Asbestgeschädigte auszuhandeln.